



**Sperrfrist: Freitag, 13. Januar 2012, 13:30 Uhr**

Es gilt das gesprochene Wort

## **Gefahr für den Standort Schweiz – negative Folgen der Ferieninitiative für Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze**

Nationalrätin Natalie Rickli, SVP/ZH an der Medienkonferenz vom 13.1.2012

---

Bald täglich berichten die Medien von neuen Sofortmassnahmen zur **Stützung des Euro** und zur Abwendung der **Zahlungsunfähigkeit** gewisser EU-Staaten. Rund um die Schweiz ist die wirtschaftliche Situation ernst, teilweise sogar dramatisch: Die **öffentlichen Finanzen** zahlreicher Staaten sind vollends **aus den Fugen** geraten, die politischen Zustände sind instabil, und die Arbeitslosigkeit ist horrend. Unschöne Rahmenbedingungen für Unternehmen und **wenig attraktive Verhältnisse** für **Investitionen**.

Im Vergleich zu fast allen Staaten im Euro-Raum sind die Auswirkungen der Wirtschaftskrise in der Schweiz verhältnismässig gering. Dies liegt einerseits sicher an unserer **volkswirtschaftlichen Struktur**, welche von **kleinen und mittleren Betrieben** geprägt ist. Diese schaffen eine **hohe Stabilität** und sichern **Arbeitsplätze** wie auch unsere **Sozialwerke**.

Andererseits aber liegt die Stärke der Schweiz auch in ihren **Rahmenbedingungen**: eine **moderate Steuerbelastung**, eine **hohe Rechtssicherheit**, eine im Vergleich unbürokratische, leistungsfähige Verwaltung sowie das **gute Einvernehmen zwischen den Sozialpartnern** prägen unser Land. Nicht zuletzt dank diesen wichtigen Faktoren sind wir ein konkurrenzfähiger Wirtschafts- und Werkplatz. Darum müssen wir **Sorge tragen** zu diesen Rahmenbedingungen. Der Blick auf die kaum vorhandenen Rohstoffe und die hohen Standortkosten zeigt: Der Wohlstand der Schweiz ist nicht selbstverständlich.

## **Sorge tragen zum Wirtschaftsstandort Schweiz**

In der derzeitigen Krisensituation zeigt sich deutlich, welche Faktoren für die **Arbeitnehmer** am wichtigsten sind: die **Sicherheit der Arbeitsplätze** und ein **stabiles soziales Netz**. Ob jemand 4, 5 oder 6 Wochen Ferien hat ist sicher weniger wichtig als die Frage, ob man Arbeit hat oder nicht. Und dabei müssen wir sehen: Nur florierende Unternehmen vermögen unsere Sozialwerke zu finanzieren und Arbeitsplätze zu schaffen.

Unternehmen können dann gewinnbringend arbeiten, wenn die Rahmenbedingungen stimmen und sie auf motivierte, kompetente Mitarbeiter zählen dürfen. Das gute Einvernehmen zwischen den Sozialpartnern ist eine Grundlage dafür.



Die **Sozialpartnerschaft** ist eine wichtige und auch **typische schweizerische Errungenschaft**. Selbstverantwortung geht staatlicher Regulierung vor. Das gemeinsame Suchen nach einer sinnvollen Lösung ist wichtiger als einheitliche staatliche Vorschriften.

Auf diesen Grundsätzen ist auch die **heutige Regelung** des Ferienanspruchs entstanden. Seit über 25 Jahren haben die Schweizer Arbeitnehmer Anspruch auf **4 Wochen bezahlte Ferien**. Diese Regelung hat sich **bewährt**. Selbstverständlich steht es jedem Betrieb frei, eine grosszügigere Ferienregelung anzubieten. Dies jedoch ist zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu vereinbaren, und nicht vom Gesetz zwingend vorzuschreiben. Viele Angestellte haben dank interner Firmenregelungen bereits heute 5 oder mehr Wochen Ferien.

### **Attraktive Rahmenbedingungen bewahren**

Bereits heute leiden die Unternehmen unter der **wachsenden Bürokratie**, immer **höheren Steuern und Abgaben**, aber auch unter den zunehmenden Kosten für die Sozialwerke. Besonders betroffen sind die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU).

Das Gewerbe weist zu Recht darauf hin, dass 2 Wochen zusätzliche, obligatorische Ferien eine **Zusatzbelastung** von rund **4% des Jahreslohns** auslösen würden. Die Arbeitskosten, welche in der Schweiz ohnehin schon sehr hoch sind, würden weiter ansteigen. Gerade für kleinere Betriebe ist eine solche Zusatzbelastung oft nicht tragbar. Und genau diese Betriebe, ich habe es erwähnt, sind das **Rückgrat unserer Volkswirtschaft**.

Kommt hinzu, dass ein weiterer Anstieg der Arbeitskosten die **Verlagerung** bestehender **Arbeitsplätze ins Ausland** bzw. zusätzliche Einkäufe aus dem Ausland provozieren würde, da sich die inländische Produktion so für viele Unternehmen kaum mehr lohnt. Ebenso würde die **Attraktivität der Schweiz** als Standort für ausländische Unternehmen stark **geschwächt**.

Die inländischen KMU würden faktisch **doppelt getroffen**: Aufgrund der höheren Arbeitskosten würde namentlich die **Zulieferindustrie** – der viele KMU angehören – geschwächt, da inländische Abnehmer vermehrt auf **billigere ausländische Anbieter** ausweichen würden, um den Anstieg der Arbeitskosten zu kompensieren. Ein Teufelskreis, der letztlich zu einem **Abbau von Arbeitsplätzen** führen würde – etwas, was kaum im Interesse der Gewerkschaften liegen kann.



### **Ferieninitiative schwächt den Standort Schweiz**

Die **internationale Konkurrenzfähigkeit** der Schweiz würde mit der Ferieninitiative in Frage gestellt: Wenn die Schweiz als **einziges europäisches Land** einen gesetzlichen Ferienanspruch von 6 Wochen einführen würde, bedeutete dies für die Unternehmen einen **substantiellen Wettbewerbsnachteil**. Bereits heute sind die Arbeitskosten bereits deutlich höher als im Ausland. Diese Tendenz weiter zu forcieren, ist sicher der falsche Weg.

Die Ferieninitiative **bedroht** nicht nur die **Wettbewerbsfähigkeit** unseres Landes: Sie **gefährdet** darüber hinaus unsere **Arbeitsplätze** und schadet unserem **Wohlstand**. Wer den Standort Schweiz stärken will, muss die Volksinitiative „6 Wochen Ferien für alle“ ablehnen.

---

[www.ferieninitiative-nein.ch](http://www.ferieninitiative-nein.ch)